

# E-Mail-Newsletter

Nr. 164, 16. Februar 2011

monatlich | Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe 04.03.2011

## Liebe Mitglieder, Förderer und Interessierte

auch der Flüchtlingsrat startet aktiv in das Landtagswahljahr 2011. In diesem Newsletter finden Sie deswegen ausführliche Informationen über unsere Kampagne „**gemeinsam** für die Rechte von Flüchtlingen in BW" und wie Sie sich daran beteiligen können. Außerdem enthält er wie immer aktuelle Informationen über die solidarische Flüchtlingsarbeit in Baden-Württemberg sowie aktuelle Fakten und Entwicklungen im Bereich der Asyl- und Migrationspolitik.

In besonderer Weise möchten wir Sie auf die bevorstehende **Plenums-Tagung des Flüchtlingsrats am 26. März** hinweisen, zu der Sie sich ab jetzt über unsere Internetseite [www.fluechtlingsrat-bw.de](http://www.fluechtlingsrat-bw.de) anmelden können. Im Mittelpunkt stehen die Mitgliederversammlung, ein Fachvortrag mit dem Titel „Dublin II am Ende?“ sowie Arbeitsgruppen zu verschiedenen Themen. Bereits am 22. Februar laden wir gemeinsam mit der Landtagsfraktion der Grünen zu einem interessanten kulturellen Abend für das Bleiberecht von Roma ein, am 27. Februar beginnt dann die Ausstellung "Residenzpflicht - Invisible Borders" im DGB-Haus in Stuttgart, die am 12. März mit einer Konferenz von Flüchtlingen zu Ende geht. Mehr dazu unter "Aktuelle Termine".

Übersicht über die Inhalte des Newsletters:

- **1. FLÜCHTLINGSARBEIT IN BADEN-WÜRTTEMBERG**  
Neues vom Flüchtlingsrat / Berichte aus den Regionen / Pressedoku / sonstige Informationen
- **2. THEMEN & INFORMATIONEN**  
Informationen zur Asyl- und Flüchtlingspolitik BaWü / BRD / EU
- **3. AKTUELLE TERMINE**  
Lokale und landesweite Veranstaltungen und Aktionen / Überregionale Tagungen etc.

Unsere bisherigen Newsletter finden Sie auf unser Website unter "[Archiv / E-Mail-News](#)" sowie viele weitere (aktuelle) Informationen.

Wenn Sie den Newsletter abbestellen wollen, schicken Sie uns bitte eine E-Mail an [info@fluechtlingsrat-bw.de](mailto:info@fluechtlingsrat-bw.de).

Wenn Sie uns als Mitglied oder SpenderIn (sofern Sie dies noch nicht sind) aktiv unterstützen wollen, finden Sie das entsprechende [Formular](#) ebenfalls auf unserer Website.

Und nun wünschen wir Ihnen viel Spaß beim Lesen  
Vorstand und Geschäftsstelle

P.S. Dieser Newsletter war fertig, bevor die tunesischen Flüchtlinge auf Lampedusa ankamen. Deswegen gibt es hierzu keine weiteren Infos. Wir verweisen auf die [Website der Tagesschau](#), auf der einige gute Beiträge sind, u.a. ein Interview mit Elias Bierdel oder auf [SWR International](#).

## **1. FLÜCHTLINGSARBEIT IN BADEN-WÜRTTEMBERG**

KAMPAGNE 2011 | FLÜCHTLINGSRAT BW

**gemeinsam** *gemeinsam* für die Rechte von  
Flüchtlingen in Baden-Württemberg -

## Kampagne des Flüchtlingsrats läuft

Grundlage für die Kampagne ist ein **Aufruf** mit sieben zentralen Forderungen. Wir würden uns

freuen, wenn Sie diesen Aufruf unterzeichnen und weitere UnterzeichnerInnen werben würden!

Diese sieben zentralen Forderungen sind in einem ausführlichen **Positions- und Forderungspapier zur Landtagswahl 2011** begründet und mit zahlreichen Einzelforderungen ergänzt. Dieses Papier ist bereits Ende Dezember 2010 an die Landesregierung, alle LandespolitikerInnen und alle Parteien geschickt worden.

Aufruf und Positionspapier werden für die Öffentlichkeitsarbeit im Rahmen der Kampagne eingesetzt. Um unseren Forderungen Nachdruck zu verleihen, bereiten wir nun **gemeinsam** mit den mit uns verbundenen Initiativen, Organisationen und Einzelpersonen öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen und **Aktionen vor Ort** für die Zeit vor und nach der Landtagswahl vor.

**Sie können sich an der Kampagne beteiligen**, indem Sie Unterschriften unter den Aufruf sammeln, das Positionspapier weiterverbreiten, Veranstaltungen oder Aktionen organisieren - oder indem Sie für die Finanzierung der Aktivitäten spenden. Ausführliche Informationen zu den Beteiligungsmöglichkeiten finden Sie auf unserer Kampagnenwebsite [www.fluechtlingsrat-bw.de/gemeinsam](http://www.fluechtlingsrat-bw.de/gemeinsam). **Auf unserer Materialbestellseite** können Sie **ab jetzt auch alle Materialien der Kampagne wie Aufruf, Positionspapier, Flyer etc. bestellen oder als Datei herunterladen**.

### KAMPAGNE *gemeinsam* | ASYLBEWERBERLEISTUNGSGESETZ

#### **Musterverfahren gegen die verfassungswidrigen Grundsätze des Asylbewerberleistungsgesetzes**

In einem Vorlagebeschluss für das Bundesverfassungsgericht hat das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen am 28.7.2010 (Az. L 20 AY 13/09) die Auffassung vertreten, dass die derzeit vom AsylbLG vorgesehenen Sätze verfassungswidrig sind und offensichtlich nicht ausreichen, um ein menschenwürdiges Leben zu führen. Sie sind inzwischen, nachdem sie 17 Jahre nicht erhöht wurden, um 37 % unter dem Eckregelsatz des SGB II ("Hartz IV"). Im Rahmen der Kampagne **gemeinsam** wollen wir es deswegen Flüchtlingen möglich machen, sich auf der rechtlichen Ebene gegen die diskriminierenden "Leistungen" des AsylbLG zu wehren. Von Rechtsanwälten erarbeitete **Vorlagen für Anträge, Widersprüche und Klagen** können bereits von unserer Internetseite heruntergeladen werden. Beim Plenum am 26. März wird es hierzu einen Spezialworkshop geben.

### Januar 2011 | ASYLBEWERBERLEISTUNGSGESETZ

#### **Landratsamt Neckar-Odenwald-Kreis zieht den Beschluss zur Einschränkung der Arztwahl zurück**

Einen ersten Erfolg unserer Kampagne gibt es im Neckar-Odenwald-Kreis. Dort hat das zuständige Landratsamt am 21.12.2010 der seit 16 Jahren tätigen Ärztin das Recht entzogen, die Flüchtlinge in der „Gemeinschaftsunterkunft“ Hardheim zu behandeln. Die freie Arztwahl wurde aufgehoben und den Flüchtlingen gedroht, die Kosten für Behandlungen selbst tragen zu müssen, falls Sie sich weiter von der Ärztin behandeln lassen wollen. Sie wurden stattdessen aufgefordert, zu einer lokalen internistischen Praxis zu gehen, mit der das Landratsamt einen exklusiven Versorgungsvertrag ausgehandelt hat, angeblich in Absprache mit dem Landes-Innenministerium. Dieser Beschluss wurde nach der Intervention der Flüchtlingsrats, des Diakonischen Werks BW, Refugio und anderer Organisationen am 24. Januar wieder zurück gezogen. An dieser Stelle möchten wir Sie auf die **Presse-Erklärung des Flüchtlingsrats [pdf 74 kb]** vom 24. Januar und den darauf folgenden sehr ausführlichen Artikel in den **Fränkischen Nachrichten: "Wieder freie Arztwahl für Flüchtlinge" [pdf 336 kb]** vom 25. Januar hinweisen. Es folgte ein kritischer Bericht zur generell schlechten Situation in dieser Unterkunft bei **SWR International am 15. Februar: "Asylsuchende nicht zentral unterbringen"**. Weitere Dokumente zu diesem Vorgang finden Sie auf unserer Kampagnenseite bei den Infos zum Neckar-Odenwaldkreis [\[mehr\]](#)

### Januar 2011 | ROMA-ABSCHIEBUNGEN

#### **Landesregierung schiebt weiter ab**

Am 7. Dezember forderte der Flüchtlingsrat die Landesregierung in einem Offenen Brief auf, dem Beispiel von NRW zu folgen und die Abschiebungen vor allem von Roma-Flüchtlingen in den Kosovo, nach Serbien und Mazedonien über die Wintermonate auszusetzen. Auch die Landtagsfraktion der Grünen stellte einen

gleichlautenden Antrag im Landtag. Am 4. Januar lehnte das Innenministerium diesen Antrag in Form einer Stellungnahme kategorisch ab [[Landtagsdrucksache 14/7326 - PDF 41 kb](#)] Die Abschiebungen in Elend und Diskriminierung gehen also weiter. Bereits am 15. Januar soll eine Sammelabschiebung in den Kosovo ab Baden-Airpark stattgefunden haben. Ausführliche Informationen finden Sie auf unserer Webseite unter [Themen - Roma-Flüchtlinge](#).

Wie das Schwäbische Tagblatt aus Tübingen am 5. Februar berichtete, haben sich dort lebende Roma-Familien zwischenzeitlich zur freiwilligen Ausreise entschlossen ("[Nach Druck der Behörde - Rückkehr ins Nichts](#)"). Auch Kundgebungen und Unterschriftensammlungen von Kirchengemeinden wurden ignoriert. Anfang Januar starb eine Roma-Frau im Kosovo, kurz nach ihrer Abschiebung aus Rheinland-Pfalz an einer Gehirnblutung. Die Behörden prüften offenbar deren Reisefähigkeit, nahmen aber nicht zur Kenntnis, dass sie bestimmte Medikamente brauchte, die im Kosovo nicht zur Verfügung standen. Hierzu der [Bericht im Domradio Köln vom 11. Januar](#).

#### HÄRTEFALLKOMMISSION

##### **"Innenministerium ignoriert Empfehlungen der Härtefallkommission"**

Wie die Südwest Presse am 28.12.2010 im Artikel "[Verstimmung über Asylentscheidungen](#)" berichtet, lehne das Innenministerium zunehmend die Empfehlungen der Härtefallkommission ab. Seit 2005 hätte die HFK für etwa ein Drittel der ca. 1700 Eingaben eine Aufenthaltserlaubnis empfohlen. Rund 90% dieser Anträge seien von Innenminister Rech angenommen worden, im Jahr 2009 sogar 100 Prozent. Im Jahr 2010 wurden 65 Anträge gestellt, von denen die HFK 34 empfohlen habe, die Quote liege bei nur 82%.

#### UNBEGLEITETE MINDERJÄHRIGE | Stuttgart

##### **Landesweite Tagung zu UMF**

Mit den Konsequenzen für die Praxis in Baden-Württemberg nach der Rücknahme der (deutschen) Vorbehalte gegen die UN-Kinderrechtskonvention setzte sich der Fachtag der LAG UMF im Dezember auseinander. Die Teilnehmer aus verschiedenen Organisationen der Flüchtlings- und der Jugendhilfe (u.a. auch städtische Jugendämter) stellten fest, dass es in einigen Regionen (z.B. Stuttgart, Karlsruhe) bereits entwickelte Strukturen für den Umgang mit UMF gäbe, in manchen Landkreisen würde aber nach wie vor nicht gesetzeskonform gehandelt. Diskutiert wurde, ob regionale "Kompetenzzentren" eingerichtet werden sollen. Der nächste Fachtag ist für Oktober in Ulm geplant.

#### Januar 2011 | UNBEGLEITETE MINDERJÄHRIGE | Schwäbisch-Gmünd

##### **Lagerunterbringung auch bei UMF**

Wie der Arbeitskreis Asyl Schwäbisch-Gmünd berichtet, wurde in der letzten Zeit eine größere Anzahl unbegleiteter minderjähriger (v.a. afghanischer) Flüchtlinge in die GU Schwäbisch-Gmünd (ehemalige Kaserne) zugewiesen. Diese wurden zum Teil vom BAMF auf über 18 Jahre geschätzt. Der AK Asyl unterstützt diese Jugendlichen und rät ihnen zu Klagen gegen diese Vorgehensweise.

##### **Aufnahmebedingungen in der Landesaufnahmestelle**

Mit der Frage, wie besonders schutzbedürftige Flüchtlinge im Rahmen des Aufnahmeverfahrens in der Landesaufnahmestelle Karlsruhe identifiziert werden und welche Maßnahmen ergriffen werden, beschäftigt sich auch eine umfangreiche Anfrage des Flüchtlingsrats an das Regierungspräsidium Karlsruhe. In der Anfrage geht es außerdem um die Aufnahmebedingungen, die Lebensbedingungen in der LAsT, die Residenzpflicht während des Aufenthalts in der LAsT, die Leistungen nach dem AsylbLG sowie die Praktiken bei Zuweisung in die Landkreise. Eine vergleichbare Anfrage an das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge vom Herbst 2010 vor allem zu den asylrechtlichen Abläufen und Bedingungen hat mehr ausweichende als aussagekräftige Antworten ergeben und wird derzeit ausgewertet.

#### IN DER PRESSE

##### **Veröffentlichte Meinungen**

- "[Auf die Region Heidelberg rollt eine Asylbewerber-Welle zu](#)" - Rhein-Neckar-Zeitung 5.2.2011. Die neue Panikmache in den Zeitungen des Landes wegen den gestiegenen Asylzugangszahlen geht weiter: Auch in der Zeitung des Rhein-Neckar-Kreises wird nun davon gesprochen, dass die "[Asylbewerberheime aus allen](#)

"Nähten platzen" und eine "große Asylbewerberwelle" auf den Kreis zukomme. Schuld seien die Erleichterungen in der Visumpolitik. Deswegen wurde nun im kleinen Ort Spechbach eine neue Unterkunft für 70 Personen aufgemacht, wo es natürlich bereits jetzt zu Spannungen und "Animositäten" zwischen Bevölkerung und Flüchtlingen kommt. Das Containerlager in Sinsheim, dessen schlimmer Zustand mit keinem Wort erwähnt wird, wird um 110 auf 436 Plätze ausgebaut.

- "[Hier ist bald kein Platz mehr frei](#)" - Südkurier 31.12.2010. Wesentlich differenzierter setzt sich dieser Artikel mit der Situation im Kreis Konstanz auseinander. Eine Vertreterin des AK Asyl kommt zu Wort und es wird auch herausgestellt, dass die Lebensbedingungen für die Flüchtlinge - Stichwort 4,5 qm - schlecht sind.

- "[Der Platz für Asylbewerber wird knapp](#)" - NWZ Kreis Göppingen 4.1.2011. Auch in diesem Artikel wird vermeldet, dass die Unterkünfte im Kreis Göppingen "randvoll". Bei der Suche nach einer zusätzlichen Unterkunft würde es dann "irgendeine Kommune treffen."

- "[Freiheit auf viereinhalb Quadratmetern](#)" - Schwäbisches Tagblatt Tübingen 11.1.2011. Eine ganze Zeitungsseite widmet die Jugendredaktion dieser Zeitung der Situation von Flüchtlingen im Landkreis Tübingen. Thematisiert werden Unterbringung, Esspakete, Residenzpflicht und die drohende Abschiebung von Roma. Bilder der Mißstände in der GU Tübingen-Weilheim werden dokumentiert.

- "[Zukunft für Migranten](#)" - Südkurier 17.1.2011. Über die Weiterbewilligung von Geldern aus dem Europäischen Sozialfonds für das Netzwerk "Bleiben mit Arbeit" berichtet dieser Artikel. Bereits seit 2008 vermittelt das Bodensee-Netzwerk mit Partnern aus Friedrichshafen und Singen Flüchtlinge und Bleibeberechtigte in arbeitsmarktliche Qualifizierungsmaßnahmen. 31% der TeilnehmerInnen der ersten Projektrunde konnten in Arbeitsverhältnisse und damit auch eine Verfestigung des Aufenthalts vermittelt werden.

Wenn in Ihrer Lokalzeitung ein interessanter Artikel erscheint, den wir vorstellen oder verlinken sollen, dann schicken Sie uns diesen bitte zu (als Link, PDF oder Papierkopie). Wir lesen regelmäßig die Stuttgarter Zeitung und die Südwest Presse (Tübingen), für weitere Abos reichen Geld und Zeit nicht.

## 2. THEMEN & INFORMATIONEN

### ASYLSTATISTIK

#### Steigende Antragszahlen - sinkende Schutzquote!

In einer [Pressemitteilung vom 17. Januar](#) interpretiert Pro Asyl die vorab von der Süddeutschen Zeitung veröffentlichten Asylzahlen für 2010: Demnach liegt die Zunahme der Asylantragszahlen auf 41.332 Fälle (2009: 27.649) zunächst vor allem daran, dass sich die Situation in einigen Kriegs- und Krisenstaaten weiter verschärft hat, so z.B. im Iran, in Afghanistan, im Irak und in Somalia. Dass Serbien und Mazedonien auf Platz 3 und 4 der Herkunftsstaaten stehen, verweise auf die extreme Armut und fortdauernde Ausgrenzung, unter denen insbesondere Roma in diesen Staaten leiden. Viele hofften nach dem Wegfall der Visumpflicht, dem Elend entkommen zu können. Aber bereits im November und Dezember 2010 seien die Zugangszahlen aus Serbien und Mazedonien aufgrund verstärkten Drucks durch die EU-Staaten merklich gesunken, wie auch die Süddeutsche Zeitung am 14.1.2011 berichtete. Der Anstieg der Antragszahlen in 2010 geht einher mit einem ähnlichen Rückgang der Schutzquote, wie Pro Asyl feststellt: *"War bis vor einiger Zeit – bei einem niedrigen Niveau der Zahlen von Asylneuantragstellungen – die Entscheidungspraxis relativ generös, so begannen die Anerkennungsquoten bereits im Jahr 2010 signifikant zu sinken. ... Bis Ende November 2010 war die Schutzquote (=Summe aller positiven Entscheidungen) bei 22,2 Prozent und dies hat keineswegs nur mit den schlechten Chancen von serbischen und mazedonischen Asylantragstellern zu tun. Auch irakische und afghanische Asylsuchende hatten wesentlich geringere Chancen auf eine positive Entscheidung als im Vorjahr."*

### ASYLBEWERBERLEISTUNGSGESETZ

#### Anhörung im Sozialausschuss des Bundestags

Im Ausschuss für Arbeit und Soziales gab es am 7. Februar, eine (nur knapp einstündige) öffentliche Anhörung von Sachverständigen zum Asylbewerberleistungsgesetz. Hintergrund war ein Gesetzentwurf ([17/1428](#)) der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen und ein Antrag der Linksfraktion ([17/4424](#)); in beiden wird

die Aufhebung des AsylbLG gefordert. Als Sachverständige sprachen Vertreter von: Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände, Statistisches Bundesamt, EKD, BAMF, Flüchtlingsrat Berlin, BAGFW sowie Einzel-Sachverständige. In einer [Pressemitteilung vom 4. Februar](#) forderten Pro Asyl und die Landesflüchtlingsräte die Abschaffung des AsylbLG und die Anhebung der Leistungen auf das Existenzminimum. Auf der Webseite des Flüchtlingsrats Berlin finden Sie die [Gutachten aller Sachverständigen](#) sowie, falls Sie viel Zeit haben, das Wortprotokoll der Anhörung. Klar scheint zu sein, dass die Bundesregierung unmittelbar nach Abschluss der Verhandlungen zu Hartz IV eine Neuberechnung des AsylbLG vornehmen will, ohne auf eine Entscheidung der Bundesverfassungsgerichts zu warten. Wie lange dies dauert und welche politischen Debatten dies auslösen wird, ist aber nicht abzusehen. Einstweilen wird sich für die Flüchtlinge vor Ort nichts verändern und es ist angeraten, den Protest gegen dieses Gesetz zu verstärken.

#### BLEIBERECHT

### Neue Mogelpackung?

Am 20. Januar gab es die erste Lesung zu der geplanten gesetzlichen Bleiberechtsregelung für gut integrierte Jugendliche im Bundestag. Nachdem die Innenministerkonferenz (IMK) und der Bundesrat eine solche Regelung bereits empfohlen haben, ist zeitnah mit einer Gesetzesänderung zu rechnen. Die Jugendlichen Ohne Grenzen, PRO ASYL, der Flüchtlingsrat Berlin und die Kampagne SOS for Human Rights stellten in ihrer [Pressemitteilung vom 20. Januar](#) heraus, dass die vorgesehenen Ausschlussgründe inakzeptabel seien und für die Mehrzahl der Betroffenen eine Weiterführung der jahrelangen Kettenduldungen bedeuten. Die Positionen des Flüchtlingsrats, u.a. unsere Presseerklärung zur IMK vom November, finden Sie auf unserer [Themenseite zu "Bleiberecht"](#).

#### EU-POLITIK | GUTE NACHRICHT

### Dublin II am Ende?

Diese Frage wird voraussichtlich rhetorisch bleiben, aber immerhin steht das System der europäischen Nicht-Solidarität im Bereich der Flüchtlingspolitik auf allen Prüfständen. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) hat in einem Grundsatzurteil, das am 21. Januar veröffentlicht wurde, die EU-Asylpolitik scharf gerügt ([hier das Straßburger Urteil zum Dublin-System](#) vom 24.01.11 in engl. Sprache). Die Richter warfen Griechenland und Belgien einen Verstoß gegen das Verbot unmenschlicher Behandlung vor (Art.3 EMRK). Ein afghanischer Asylbewerber, den Belgien 2009 nach Griechenland überstellte, hätte nicht dorthin zurückgeschickt werden dürfen. Pro Asyl bezeichnete dieses Urteil als "Sternstunde für den Menschenrechtsschutz" und forderte, dass nun in ganz Europa keine Rücküberstellungen mehr nach Griechenland stattfinden dürfen und die EU in der Pflicht sei, zügig eine solidarische und menschenrechtskonforme Asylzuständigkeitsregelung zu schaffen. Bereits am 18. Januar verfügte Bundes-Innenminister Thomas de Maiziere im Vorgriff auf dieses Urteil, dass aus Deutschland ein Jahr lang keine Rücküberstellungen mehr nach Griechenland stattfinden sollen, sondern dass vom sog. Selbsteintrittsrecht im Rahmen der Dublin-Verordnung Gebrauch gemacht werden soll. Im [Taz-Bericht vom 18. Januar](#) zu diesem Beschluss wird darauf hingewiesen, dass der schlaue Innenminister damit auch ein Signal nach Karlsruhe sendet. Das Bundesverfassungsgericht kommt womöglich um eine Grundsatzentscheidung zum Umgang mit der Dublin-II Verordnung herum. Aber auch hier kann der Protest der Flüchtlingshilfsorganisationen, wie auch auf dem Pressefoto zu sehen (Freundeskreis Asyl Karlsruhe vor dem BVerfG) als erfolgreich angesehen werden.

#### EU-POLITIK | SCHLECHTE NACHRICHT

### Die Verweigerung des Flüchtlingsschutzes geht weiter

Vielleicht wären die positiven Entwicklungen bei der Diskussion um Dublin-II politisch nicht verhandelbar oder durchsetzbar, wenn nicht gleichzeitig die Außengrenzen der EU weiter abgeschottet werden würden. An der griechisch-türkischen Landgrenze, über die in den letzten Monaten die meisten Flüchtlinge eingewandert sind, soll ein Zaun nach Vorbild der US-mexikanischen Grenze errichtet werden. Frontex-Einheiten (mit deutscher Beteiligung) sichern diese Grenze. Am 28. Januar verkündete die EU-Innenkommissarin Cecilia Malmström, dass die Verhandlungen über ein Rückübernahmeabkommen mit der Türkei erfolgreich abgeschlossen wurden. Jetzt fehlt nur noch die Zustimmung des EU-Parlaments, um auch



an dieser Grenze die "Vorverlagerung" der Abwehr von Flüchtlingen außerhalb der EU-Grenzen zu vollenden. Die völkerrechtswidrigen Zurückweisungen durch Griechenland sollen mit diesem Abkommen legalisiert werden. Zu diesem geplanten Abkommen erklärte Ska Keller, grünes Mitglied im Innenausschuß des EU-Parlaments: *"Die EU-Kommission lernt nicht aus den Fehlern der Vergangenheit. Menschen in Not werden sich nicht von weiteren Rückübernahmeabkommen abhalten lassen, sie werden sich neue Wege nach Europa suchen. Ich werde mich dafür einsetzen, dass das Europäische Parlament dem nicht zustimmen wird. Die Türkei verfügt über kein Asylsystem, und Menschenrechte von Flüchtlingen und AsylbewerberInnen werden nicht gewahrt."*

Wie das "[Border Monitoring-Projekt Ukraine](#)" berichtet, wird Flüchtlingen an der ungarischen Ost- und damit EU-Außengrenze regelmäßig der Zugang zum Asylverfahren verweigert. Sogar unbegleitete Minderjährige werden innerhalb weniger Stunden in die Ukraine zurückgeschoben. Die Abgeschobenen erwarten dort körperliche Misshandlungen und monatelange Haft, ein Asylantrag wird entweder nicht bearbeitet oder abgelehnt. Betroffen von diesem offensichtlichen Bruch der internationalen Flüchtlingskonventionen sind nicht zuletzt Asylsuchende, die aus Bürgerkriegsregionen wie Somalia oder Afghanistan geflohen sind. In der Mittelmeerregion hat sich die Flüchtlingsabwehr mittlerweile auf die Sahara-Staaten ausgeweitet. Wie die [Taz am 20. Januar](#) berichtet, fangen Libyen, Tunesien, Algerien und Marokko immer mehr Flüchtlinge mit Patrouillenbooten ab und schließen die Grenzen nach Süden. Im Jahr 2010 landeten auf den kanarischen Inseln nur noch 196 "Boat People" gegenüber ca. 31.000 im Jahr 2006. Allerdings sträubt sich das EU-Parlament noch gegen die Absicht der EU-Kommission, ein Rückübernahmeabkommen mit Libyen abzuschließen. Dies verstößt nach Ansicht der portugiesischen Abgeordneten Ana Gomes gegen die EU-Grundrechtecharta.

#### AKTIONEN | SAVE-ME-KAMPAGNE

##### **Auch Bremen sagt Ja!**

Die Save-Me-Kampagne lebt weiter. Einstimmig votierte die Bremische Bürgerschaft am 27. Januar für die Aufnahme von Flüchtlingen über UNHCR-Resettlement. Mehr Informationen: [www.save-me-bremen.de](http://www.save-me-bremen.de)

#### MATERIALIEN

- Die "[55 Forderungen der Rechtsberaterkonferenz](#) zum Flüchtlings-, Ausländer-, Staatsangehörigkeits- und Sozialrecht sind nun auch als Broschüre erhältlich. Bestellmöglichkeit über [www.asyl.net](http://www.asyl.net)
- HUMAN RIGHTS WATCH schildert in einem kürzlich erschienenen ausführlichen Bericht die menschenrechtlich äußerst prekäre Situation der aus Westeuropa in den Kosovo abgeschobenen Roma, Ashkali und Ägypter. Auf unserer Webseite finden Sie eine [Zusammenfassung des Berichts in deutscher Sprache](#). Den vollständigen Bericht in Englisch finden Sie auf der [Homepage von HUMAN RIGHTS WATCH](#)
- Und hier noch der Link zum [Pro Asyl Newsletter Nr.166](#) vom 21. Januar 2011

## **3. AKTUELLE TERMINE**

**Di, 15. FEBRUAR**, von 9.30 bis 16.15 Uhr, Diakonisches Werk, Heilbronner Str. 180, 70191 Stuttgart, Sitzungssaal 2

### **Fachtag für Haupt- und Ehrenamtliche in der Flüchtlingsarbeit**

Themen: Kinderrechte, Lagerkampagne des Flüchtlingsrats, neue Bleiberechtsregelung, Dublin-II, Asylverfahren in BW.

Anmeldung bei Nadine Parcetic, Tel. 0711-1656-280; [parcetic.n@diakonie-wuerttemberg.de](mailto:parcetic.n@diakonie-wuerttemberg.de), Kostenbeitrag: 20 Euro - Sie erhalten eine Rechnung

**22. FEBRUAR, 18.00 Uhr, Stuttgart, Lobby im Haus der Abgeordneten, Konrad-Adenauerstr. 12**

### **"Carmen go home?"**

Ein Abend mit politischen Beiträgen, szenischer Lesung aus Roma-Biografien und Gypsy-Musik  
Veranstalter: Landtagsfraktion Die Grünen in Kooperation mit dem Theater Freiburg und dem Flüchtlingsrat Baden-Württemberg. [\[Flyer mit Programm im Detail\]](#)

**27. FEBRUAR bis 12. MÄRZ 2011****"Invisible Borders" - Ausstellung zur Residenzpflicht**

DGB-Haus, Willi-Bleicher-Straße 20, Stuttgart. 27. Februar 2011 – 12. März 2011

Öffnungszeiten: Mo - Do 8.00 - 20.00 Uhr; Fr 8.00 - 19.30 Uhr, Sa und So 12.00 - 20.00 Uhr. Der Eintritt ist frei.

Die Ausstellung „Residenzpflicht - Invisible Borders“ dokumentiert anhand von Modellen, Plänen, Texten, Fotografien und einem kurzen Film die dabei produzierte Geografie mehrfacher Einsperrung und Ausgrenzung, die durch sie verursachte Raumwahrnehmung, aber auch Strategien des Widerstands. [\[Flyer zur Ausstellung als PDF\]](#)

Mitveranstalter: Rosa-Luxemburg-Stiftung BW, ver.di Migrationsausschuss, The Voice Refugee Forum Baden-Württemberg [\[web\]](#)

**Sonntag, 27. Februar 2011, 14.00 Uhr, DGB-Haus**

**Eröffnung der Ausstellung** mit Führung und Empfang.

Grußworte: Angelika von Loeper (1. Vors. Flüchtlingsrat BW), Ivo Garbe (ver.di Migrationsausschuss), Marta Aparicio (Volkshochschule Stuttgart, Die Linke, angefragt), Jama Maqsudi (AG Dritte Welt Stuttgart)

**Freitag, 4. März 2011, 19.00 Uhr, DGB-Haus, Raum 245**

**Residenzpflicht in Baden-Württemberg:** Informationsveranstaltung mit Erfahrungsberichten.

Flüchtlinge erzählen von ihren alltäglichen Erfahrungen mit der Residenzpflicht. Der Flüchtlingsrat informiert über die Residenzpflichtpolitik und -praxis in Baden-Württemberg und stellt seine Kampagne zur Landtagswahl vor.

**Samstag, 12. März 2011, 10.00 – 16.30 Uhr, DGB-Haus, Kleiner Saal**

**Flüchtlinge haben eine Stimme.** Konferenz von Flüchtlingen aus Baden-Württemberg.

Die Konferenz richtet sich an Flüchtlinge in Baden-Württemberg sowie Interessierte und UnterstützerInnen und widmet sich vor allem den Themen Residenzpflicht, Unterbringung, Abschiebung. Im politischen Kampf gegen Diskriminierungen und Ungleichbehandlung von Flüchtlingen in Deutschland sind die Flüchtlinge selbst die wichtigsten Akteure.

Über unsere Website können Sie sich auch online zur Konferenz anmelden. [\[zur Anmeldung\]](#)

Organisiert von: The Voice Refugee Forum Baden-Württemberg

unterstützt von: Flüchtlingsrat Baden-Württemberg, Rosa-Luxemburg-Stiftung Baden-Württemberg

[\[Conference Agenda in English, PDF 234 kb\]](#) | [\[Konferenzprogramm auf Deutsch, \[PDF 235 kb\]](#)

**Do, 10. März 2011, 19.30 Uhr, Karlsruhe, [IBZ \(Internationales Begegnungszentrum\)](#) Kaiserallee 12 D**

**Begleitung von Flüchtlingen im Aufnahmeverfahren in Karlsruhe:** Informationsveranstaltung mit Erfahrungsberichten.

Karlsruhe ist für alle Flüchtlinge, die in Baden-Württemberg ankommen, der erste Ort. Hier werden die Flüchtlinge registriert und durchlaufen die ersten wichtigen Verfahrensschritte. Bis zu drei Monate verbleiben die Asylsuchenden in der Landesaufnahmestelle bevor sie in einen anderen Stadt- oder Landkreis Baden-Württembergs verlegt werden. Der Freundeskreis Asyl Karlsruhe e.V. bietet seit 25 Jahren Begleitung und Unterstützung im Rahmen einer Teestube, einer Beratungsstelle und vieler weiterer Aktivitäten. Die beiden ReferentInnen, langjährige ehrenamtliche BegleiterInnen, geben einen Einblick in das Aufnahmeverfahren. Insbesondere erläutern sie die Situation aus Sicht der Flüchtlinge, die sich nach einer strapaziösen Flucht in einem neuen Land zurechtfinden müssen und sich unmittelbar einem komplizierten Verfahren gegenüber sehen. Wie Flüchtlinge unterstützt werden können und was Sie direkt für Flüchtlinge tun können ist ein weiterer Schwerpunkt der Veranstaltung.

Referentinnen: Ulrike Glauner und Angelika von Loeper

Veranstalter: Freundeskreis Asyl Karlsruhe

**Do, 17. März (19:00 Uhr), Fr, 18. März 2011 (09:30), Mannheim, Schnawwl**

**SOS for Human Rights.** Theaterstück des Grips-Theaters Berlin.

**Sa, 26. März, 10 - 18 Uhr, Stuttgart, Friedensgemeinde, Schubartstr. 14****Flüchtlingsrat BW: Mitgliederversammlung mit Tagung**

Vor der Wahl und nach der Wahl - Für die Rechte von Flüchtlingen in Baden-Württemberg

Detailliertes Programm siehe [Internet](#)

**1. JANUAR bis 9. APRIL 2011****Tour der 1000 Brücken**

Der Liedermacher Heinz Ratz fährt 7000 km mit dem Rad durch Deutschland gegen Diskriminierung und Ausgrenzung. Er gibt zusammen mit der Band "Strom und Wasser" 70 Konzerte für eine menschliche Flüchtlingspolitik. **Vom 25. März bis zum 2. April** fährt er durch Baden-Württemberg. Der Flüchtlingsrat wird die Tour begleiten und voraussichtlich (streckenweise) Rad-Mitfahrten organisieren und in den Kulturzentren mit Infoständen präsent sein. [\[web\]](#)

Die Stationen sind: 25. März Heidelberg (Halle 02) / 26. März Schwäbisch-Hall (Club Alpha) / 27. März Karlsruhe (Jubez) / 29. März Freiburg (Vorderhaus) / 30. März Lörrach (Altes Wasserwerk) / 31. März Lindau (Club Vaudeville) / 1. April Reutlingen (FranzK) / 2. April Stuttgart (Laboratorium)

**Hinweise auf überregionale Veranstaltungen:****14-27 März****The Racist is the Other... Europaweite Aktionswoche gegen Rassismus 2011 - organisiert von UNITED for intercultural action**

[info@unitedagainstracism.org](mailto:info@unitedagainstracism.org) - [www.unitedagainstracism.org](http://www.unitedagainstracism.org)

In Deutschland sind 900 Veranstaltungen an 300 Orten geplant - Veranstaltungstermine und Materialien siehe [Interkultureller Rat Deutschland](#)

**Dienstag, 22. März 2011**

Bundesweiter Aktionstag antirassistischer Gruppen gegen das Asylbewerberleistungsgesetz, die „Residenzpflicht“, Lagerisolation und diskriminierende Sondergesetzgebung. Kontakt und Möglichkeit der Unterzeichnung eines Aufrufs: [www.deutschland-lagerland.de/?p=507](http://www.deutschland-lagerland.de/?p=507)

**Fr, 2. - So, 4. März 2011 Katholische Akademie Berlin**

**VII. Jahrestagung Illegalität.** Veranstalter: Katholisches Forum "Leben in der Illegalität", Rat für Migration

**Impressum****FLÜCHTLINGSRAT BADEN-WÜRTTEMBERG**

Geschäftsstelle, Urbanstr. 44 - 70182 Stuttgart

Tel.: 0711 - 55 32 83-4 -- Fax.: 0711 - 55 32 83-5

E-Mail: [info@fluechtlingsrat-bw.de](mailto:info@fluechtlingsrat-bw.de)

Web: [www.fluechtlingsrat-bw.de](http://www.fluechtlingsrat-bw.de)

Redaktion: Andreas Linder

Dieser Newsletter erscheint mit Unterstützung von



Europäische Union  
Europäischer Flüchtlingsfonds



UNO-Flüchtlingshilfe

**Solidarität braucht Solidarität!**

Unterstützen Sie unsere politische und praktische Arbeit für Flüchtlinge durch eine Spende an:

Flüchtlingsrat Baden-Württemberg, BW Bank, BLZ 600 501 01, Kto: 35 17 930